

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 115 (2021)  
**Heft:** 7-8

**Artikel:** Ales Bialiatski fordert Sanktionen  
**Autor:** Hui, Matthias  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-965944>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ales Bialiatski fordert Sanktionen

Matthias Hui

Ales kehrt nach den Treffen des Menschenrechtsnetzwerks, zu dem wir beide gehören, stets nach Belarus zurück. Unter allen Umständen sieht er dort seinen Platz. Seit vierzig Jahren, zuerst noch in der Sowjetunion, steht er dort ein für Menschenrechte. Diesen Kampf hat er nicht gesucht, sondern aufgenommen. Seine Profession und Passion ist eigentlich die belarussische Literatur. Ales verfällt an unseren Zusammenkünften nie in Hektik, sein Gesicht ist heiter, akzentuiert durch seine schlohweissen Haare und seinen Schnurrbart. Er wirkt bescheiden, nachdenklich und klug.

Im Sommer 2020 wurden in Belarus die Wahlen manipuliert. Eine breite Protestbewegung erschütterte daraufhin die Macht, darunter viele ganz junge Menschen, Künstler\*innen und vor allem Frauen. Diese gingen weiss gekleidet auf die Strasse; sie protestieren in traditionellen Rollen als Mütter und Partnerinnen dagegen, dass das Regime ihre Männer und Kinder zusammenschlägt; sie wollen gleichzeitig in einem feministischen Kampf den Gewaltstrukturen im Staat wie im Privaten ein Ende setzen.

Aber Diktator Alexander Lukaschenko hält sich an der Macht, schon seit 1994. Ihm hilft ein brutaler Repressionsapparat, der auch den unentschlossenen Teil der Verwaltung und der Bevölkerung in Angst versetzt. Und Russlands Regierung lässt ihn nicht fallen. Ales Bialiatski gehört zum Koordinationsrat der Opposition, der von Swetlana Tichanowskaja im Exil angeführt wird.

Druck von aussen wäre entscheidend, um die Bewegung für Menschenrechte und Demokratie im Innern mit Sauerstoff zu

versorgen. Für diese ist klar: Es braucht Sanktionen. Es war verheerend, dass ab 2016 frühere Sanktionen der EU und weiterer Staaten, die etwa die Freilassung politischer Gefangener bewirkten, viel zu früh aufgehoben wurden. Ohne dass Belarus die Todesstrafe abschaffte oder freie Wahlen garantierte, wurde dem Diktator – nicht zuletzt als Gastgeber von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine – wieder Anschluss an Europa gewährt. Bundesrat Cassis eröffnete im Februar 2020 zusammen mit Präsident Lukaschenko in Belarus eine schweizerische Botschaft.

Für wirksame Sanktionen gibt es zwei Bedingungen. Erstens darf es nicht um flächendeckende Massnahmen gehen, die am Schluss die Schwächsten treffen. Das Konzept der «Smart Sanctions» will dies vermeiden. Sie sollen gezielt verbrecherische Verantwortungsträger und Strukturen treffen. Deshalb verlangen Bialiatski und Tichanowskaja, dass die bestehenden Sanktionen gegen Entscheidungsträger\*innen für die staatliche Repression auf höchster Ebene jetzt auf Richter\*innen oder Verantwortliche im Sicherheitsapparat ausgedehnt werden. Und sie fordern ökonomische Sanktionen gegen Unternehmen, die das Regime unterstützen. Damit ist die zweite Voraussetzung gewährleistet: Sanktionen müssen von der Zivilgesellschaft selber gefordert und konzipiert werden.

Die belarussischen Menschenrechtsorganisationen fordern die Unterbrechung der Normalität. Als der Schweizer René Fasel als Präsident des Eishockey-Weltverbands Anfang 2021 mit einem Besuch bei Diktator Lukaschenko und einer innigen

Umarmung die Weltmeisterschaften retten wollte, löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Die Spiele waren unter der Androhung eines Boykotts unmöglich geworden. Auch vom schweizerischen Konzern Stadler Rail fordern die belarussischen Organisationen das Einfrieren von Investitionen bis zu Neuwahlen und klare Positionen in Menschenrechtsfragen.

Es ist höchste Zeit, dass Menschenrechtsorganisationen und Friedensbewegungen weltweit differenzierter und vernetzter über Sanktionen, Boykottmassnahmen und Desinvestitionen sprechen. Zu stark werden diese Diskussionen Staaten und ihren strategischen Interessen überlassen. Belarus sollte Anlass geben für zivilgesellschaftliche Konzeptionen solidarischer Sanktionen zumindest in Europa.

Ales sah ich zum letzten Mal im März 2021, per Video. Seiner Organisation Viasna wurde einmal mehr ein Menschenrechtspreis verliehen. Botschafter\*innen europäischer Staaten waren live dabei. «Bevor wir unsere Ziele erreicht haben, werden wir nicht aufgeben», sagte er. Seine Rede hatte er vorsichtshalber aufgezeichnet, damit sie in jedem Fall eingespielt werden konnte. Er weiss nie, wann er verhaftet wird, allenfalls gefoltert, wie der im Mai aus einem Linienflugzeug entführte Blogger Roman Protasewitsch. Schon 2011 sass Ales drei Jahre im Gefängnis, forderte Sanktionen – und bekam Menschenrechtspreise. Und dann wurde er plötzlich entlassen, nahm seinen Kampf sofort wieder auf und kehrte auch an unsere Treffen zurück. Im Glauben an Gerechtigkeit und Solidarität. ●

○ Matthias Hui, \*1962, ist Co-Redaktionsleiter der *Neuen Wege* und arbeitet bei [humanrights.ch](http://humanrights.ch) unter anderem im Menschenrechtsnetzwerk Civic Solidarity Platform.